

Schritten der saarländischen Parteien in Genf immer stärker zutage trat. Die erste Sitzung des Landesrates am 19. Juli 1922 war nicht nur benutzt worden, um die demokratischen Rechte und eine Revision der Gesetzgebung der Regierungskommission zu fordern, sondern auch um ein durch Volkswahl legitimes Treuebekenntnis zu Deutschland abzulegen. Die von Dariac gefürchtete Bedeutung des saarländischen Landesrates offenbarte sich damit bereits in der ersten Sitzung. Ein wesentliches Anliegen der Parteien war die Vorbereitung des Plebiszits. Nach der Ratsdebatte von 1923 und dem Rücktritt der Regierung Poincaré strebten die politischen Parteien daher eine ernsthafte Revision des Versailler Vertrages an. Zum erstenmal zeigte sich das eindeutig in dem offenen Brief an Edouard Herriot vom 2. Dezember 1924, der von den Fraktionsführern der Zentrumspartei (Levacher) und der Deutsch-Saarländischen Volkspartei (Schmelzer) unterzeichnet war. Die Einleitung des Briefes lautete:

„Herr Ministerpräsident! Dank der Politik der gegenwärtigen französischen Regierung, die getragen ist von dem Willen der Mehrheit des französischen Volkes, ist eine weitgehende, von der Saarbevölkerung längst herbeigesehnte Entspannung in den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich eingetreten. Große Hoffnungen für eine friedliche Entwicklung der Verhältnisse in Europa knüpfen sich an diese Tatsache.

Natürlicherweise ist die Saarbevölkerung an dieser Entwicklung außerordentlich interessiert, da sie von jeder Störung der Beziehung der beiden Völker, welcher Art sie auch sein mag, zuerst betroffen und geschädigt wird.

Es kann also für die Saarbevölkerung keine größere Lebensfrage geben als die Tatsache, daß wirklicher Friede zwischen den beiden großen Völkern besteht. Ein wirklicher Friede ist aber nur dann möglich, wenn die beiden Völker in der gegenseitigen Achtung der Nationalität und in der Berücksichtigung beiderseitiger Interessen so weit gehen, daß sie alles vermeiden, was die nationale Eigenliebe des anderen Volkes oder seiner Angehörigen verletzen muß.“²³²

Der erste Teil der eigentlichen Ausführungen beschäftigte sich dann mit der wirtschaftlich nicht einträglichen französischen Saarpolitik, die wie die übrige Politik der Regierungskommission (französische Schulen, Propaganda und Militär) nicht mit dem Geist der gegenwärtigen französischen Regierung übereinstimmten. Die weiteren Abschnitte verlangten über den bereits angelaufenen Abbau französischer Positionen hinaus, daß Eisenbahnen, Post und Telegraphie an die deutsche Reichsregierung verpachtet würden, da sie, wie die Defizite erwiesen, im gegenwärtigen Zustand unrentabel seien. Außerdem wandte man sich gegen die für den 10. Januar 1925 vorgesehene endgültige Eingliederung in das französische Zollsystem. Es wurden gewichtige wirtschaftliche Gründe für diese Forderungen aufgezählt, doch war wesentlich, daß man die Situation für gekommen hielt, eine Revision der Saarverhältnisse im Sinne einer Berücksichtigung der deutschen Nationalität der Bewohner erwarten zu dürfen.

Diese direkte Wendung an einen französischen Staatsmann zur Revision der Saarpolitik war ein Einzelschritt in dem Gesamtbemühen der Saarparteien zu dieser Zeit. Man wollte die hier angeklungenen Ziele doch auf

²³² S.L.Z. Nr. 324 v. 13. 12. 1924.